

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 11

Artikel: Die militärpolitische Lage am Jahresende
Autor: Frick, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161276>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nach seiner Ansicht über das Denkbare, über das Zumutbare absolut hinaus. Dennoch hat uns die Vision einer solchen Wendung der Dinge noch lange verfolgt, als wir weitergingen durchs Gebirg. Damals war das Wetter sehr schlecht. «Es war naßkalt, das Wasser rieselte die Felsen hinunter und sprang über den Weg. Die Äste der Tannen hingen schwer herab in die feuchte Luft. Am Himmel zogen graue Wolken.»

Die militärpolitische Lage am Jahresende

HANS FRICK

Noch nie in der Geschichte hat ein Jahr eine solche Menge internationaler Konferenzen, Besuchsreisen, Gespräche leitender Staatsmänner und diplomatischer Noten gesehen, wie das eben zu Ende gegangene. Allein trotz diesem unerhörten Aufwand ist auch nicht ein einziges der schwerwiegenden Probleme gelöst worden, die die Welt aus den letzten Jahren übernommen hat; es sind vielmehr noch weitere dazugekommen. Die Hauptschuld an dieser Lage trägt eindeutig die Sowjetunion, die sich höchst aggressiv benommen hat. Außer der von ihr provozierten, schwerwiegenden Verschärfung der Berliner Krise hat sie überall in der Welt bestehende Konflikte zu ihren Gunsten ausgebeutet und daneben sich bemüht, durch massive Einschüchterungsversuche aller Art die freie Welt sich gefügig zu machen.

Die Berlin-Krise

Seit der ultimativen Forderung Chruschtschews vom 27. November 1958, Westberlin innerhalb von sechs Monaten von alliierten Truppen zu räumen und zur entmilitarisierten «freien» Stadt zu erklären, ist von sowjetischer Seite dieses Verlangen bei allen möglichen Gelegenheiten immer wieder neu erhoben worden, unter gleichzeitiger Drohung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit der sogenannten «Deutschen demokratischen Republik». Der Westen bekundete allerdings keinerlei Geneigtheit, den sowjetischen Forderungen nachzugeben; anlässlich seines Gesprächs mit Chruschtschew in Wien am 3./4. Juni

ließ Präsident Kennedy diesen darüber nicht im Zweifel. Das ihm bei dieser Gelegenheit übergebene sowjetische Memorandum, das dieselben Forderungen enthielt, wurde denn auch durch gleichlautende Noten Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten am 17. Juli strikte ablehnend beantwortet. Die Einsicht, daß auf diesem Wege dem erstrebten Ziel nicht näherzukommen sei, veranlaßte die Sowjetunion dazu, durch einen Gewaltstreich eine vollendete Tatsache zu schaffen. Dies geschah durch die am 13. August begonnene Absperrung der Zonengrenze in Berlin durch Stacheldrahtverhaue und Sperrmauern, die bis heute immer noch weiter ausgebaut wird. Diesem flagranten Bruch des Viermächtestatuts über Berlin folgten am 23. August das Verbot für Westberliner, Ostberlin ohne eine besondere Erlaubnis der ostdeutschen Behörden zu betreten, sowie die Beschuldigung der Westmächte, die Luftkorridore nach Berlin, die angeblich nur dem Nachschub der alliierten Truppen dienen dürften, zur «Einschleusung westdeutscher Agenten, Revanchisten und Militaristen» zu benützen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sperrmaßnahmen in Berlin, auch wenn sie von Volkspolizisten der DDR vorgenommen wurden, im Auftrage Moskaus getroffen wurden.

Die Reaktion des Westens auf diesen flagranten Vertragsbruch war schwach und bestand in der Hauptsache nur in Protestnoten. Das einzig wirksame Mittel, in ultimativer Form die Rücknahme dieser Maßnahmen zu fordern und für den Fall der Weigerung mit deren Beseitigung durch die eigenen Truppen zu drohen, wurde nicht ergriffen. Der Grund für diese Zurückhaltung mochte in einer wohl kaum berechtigten Furcht vor dem Ausbruch eines großen Krieges liegen, vielleicht aber auch aus Rücksicht auf jene Gruppen von Leuten im Westen, zumal in den USA und in Großbritannien, die immer noch nicht einzusehen scheinen, worum es in Berlin eigentlich geht. Gewisse Äußerungen amerikanischer Politiker, wie der Senatoren Humphrey, Mansfield und Fulbright, sowie von Vertretern der britischen Labour-Partei beweisen in der Tat eine erschreckende Unkenntnis der Verhältnisse. Denn es handelt sich bei dem Gewaltstreich in Berlin doch um nichts anderes als um einen jener Tests, mit denen Diktatoren den Widerstandswillen ihrer Gegner auf die Probe stellen. Man erinnert sich dabei solcher Tests aus der Hitlerzeit, wie der Rheinland-Remilitarisierung, des Anschlusses von Österreich und der Vergewaltigung der Tschechoslowakei, denen gegenüber die Westmächte damals völlig versagt haben und deren Folgen jedermann bekannt sind. Daß in der Berliner Krise nicht allein die Freiheit der Bevölkerung Westberlins und vielleicht noch der deutschen Bundesrepublik auf dem Spiele steht, sondern daß es dabei um das Schicksal der ganzen freien Welt geht, scheint noch nicht überall klar erkannt worden zu sein.

So blieb es in der Hauptsache bei papierenen Protesten, die von der Sowjetunion unter Berufung auf die angebliche Souveränität der DDR zurückgewiesen wurden, wie nicht anders zu erwarten war. Der Absperrung folgten

verschiedene Schikanen gegenüber alliierten Militärs und Funktionären, die sich nach Ostberlin begaben. Wenn auch eine unmittelbare Intervention nicht versucht wurde, trafen die Westalliierten wenigstens eine Reihe von Maßnahmen, die der Sowjetunion den Ernst der Lage klarmachen sollten. Hierzu gehören zunächst die Verschiebung von 1500 Mann amerikanischer Truppen nach Westberlin, die mehrfachen Transporte amerikanischer Truppen aus Westdeutschland nach Berlin und zurück, die Einberufung von 76 000 amerikanischen Reservisten, die Verstärkung der amerikanischen 7. Armee durch 40 000 nach Europa verschobene Soldaten und die Abkommandierung General Clays als persönlichen Vertreter Kennedys in Westberlin, ferner die Rückführung zweier französischer Divisionen und von Luftstreitkräften aus Algerien nach Frankreich, die Verstärkung der französischen Garnison in Westberlin, sowie der französischen Truppen in Westdeutschland und schließlich die Verlängerung der Dienstdauer von insgesamt 36 000 im Dienst stehenden deutschen Soldaten um 3 Monate und zuletzt die Erhöhung der Grunddienstdauer im deutschen Bundesheer von 12 auf 18 Monate.

Bei Jahresbeginn ist also die Berliner Frage durchaus in der Schwebe; der ungestörte Ausbau der Sperrungen gibt der Sowjetunion einen weiteren starken Trumpf in die Hand. Die Westmächte, mit Ausnahme Frankreichs, haben sich geeinigt, Sondierungen in Moskau vorzunehmen, ob Verhandlungen über Berlin und die Deutschlandfrage mit einiger Aussicht auf Erfolg unternommen werden könnten. Die Wahrscheinlichkeit einer positiven Lösung ist aber äußerst gering, es sei denn, die Westmächte wollten sich zu neuen gefährlichen Konzessionen herbeilassen; daß sie sich mit der Sperrung der Berliner Zonengrenze abfinden werden, scheint so gut wie sicher. Die von de Gaulle gezeigte Abneigung gegen Verhandlungen erscheint daher durchaus gerechtfertigt.

Außer der Gewaltaktion gegen Berlin hat die Sowjetregierung alles Mögliche unternommen, um die Einheit des Westens aufzuspalten und besonders auch die NATO zu schwächen. Hierzu diente in erster Linie die verleumderische Kampagne gegen die deutsche Bundesrepublik, die dauernd als Hort von Revanchisten, Militaristen und Kriegshetzern angeprangert wird. In diesen Zusammenhang gehört auch die Protestnote gegen die Ernennung von General Foertsch zum Generalinspekteur der Bundeswehr und die scharfe Kampagne gegen General Heusinger; beide wurden als Kriegsverbrecher bezeichnet. Durch die Publikation von bei uns längst bekannten Operationsplänen gegen die Schweiz, mit denen Heusinger als damaliger Chef der Operationsabteilung der deutschen Wehrmacht zu tun gehabt hatte, versuchte man, ihn auch bei uns zu diskreditieren.

Endlich wurde auch durch Einschüchterung einzelner NATO-Partner versucht, dieses wichtige Verteidigungsinstrument des Westens auszuhöhlen. So wurden den Niederlanden wegen der Lagerung von Atomwaffen auf ihrem Territorium massive Gegenschläge im Kriegsfall angedroht und die Türkei

wegen der Anlage von Raketenstützpunkten in ihrem Gebiet um Aufklärung ersucht. Ferner protestierten die Sowjets bei Dänemark gegen die Errichtung des deutsch-dänischen Einheitskommandos in Jütland und Schleswig-Holstein und suchten durch die Forderung konsultativer Besprechungen über militärische Fragen an Finnland einen indirekten Druck auf die nordischen Staaten auszuüben. Schon im Juli kündigte sodann Chruschtschew die Erhöhung der Rüstungsausgaben um 3,144 Milliarden Rubel und die Rückgängigmachung der geplanten Reduktion der Bestände an. Später erklärte er, die zur Zeit im Dienst stehenden Soldaten würden weiter bei der Armee behalten, bis der Friedensvertrag mit Ostdeutschland abgeschlossen sei. Präsident Kennedy blieb ihm freilich die Antwort nicht schuldig, sondern kündigte seinerseits Erhöhung der Rüstungsausgaben um 3,2 Milliarden Dollar und die Erhöhung der Bestände von 875 000 auf eine Million Mann an.

Schließlich ging die Sowjetunion, unter Bruch des Moratoriums der Kernwaffenversuche, erneut zu solchen über, wobei Bomben größten Kalibers von bis mehr als 50 Megatonnen erprobt wurden. Die Tatsache, daß derartige Versuche monatelange Vorbereitungen erfordern, zeigt, daß die sowjetische Behauptung, diese seien durch die Verschärfung der Lage notwendig geworden, der Wahrheit keineswegs entspricht, und der Umstand, daß dabei das für nutzbringende militärische Verwendung notwendige Kaliber stark überschritten wurde, beweist, daß es Chruschtschew dabei einzig und allein um die Einschüchterung der Welt — vielleicht sogar auch des chinesischen «Brudervolkes» — ging.

So war das abgelaufene Jahr von einer Unmenge schwerster sowjetischer Provokationen erfüllt. Trotzdem besteht der Eindruck, daß dabei das Bestreben bestand, es nicht zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommen zu lassen.

Afrika

Der afrikanische Kontinent, dessen neu zur Unabhängigkeit gelangte oder demnächst gelangende Völker sich mit mehr oder weniger Erfolg bemühen, ihr inneres Gleichgewicht zu gewinnen und ein geordnetes Staatswesen aufzubauen, ist von erheblicher weltstrategischer Bedeutung, und zwar namentlich die Ost- und die Nordküste; erstere im Hinblick auf Operationen im Atlantik, ganz besonders aber letztere, da von ihr aus die Südflanke Westeuropas schwerstens gefährdet werden könnte, wenn sie in gegnerische Hände geriete. Es ist daher besonders besorgniserregend, daß beide Küsten Schauplätze schwelender Konflikte sind.

In *Algerien* geht der nun schon Jahre dauernde Kampf unausgesetzt weiter; die Terrorakte haben gegen Ende des letzten Jahres sogar wieder merklich

zugenommen. Anfangs schien der gemäßigten und auf realistischer Beurteilung der Sachlage beruhenden Politik General de Gaulles Erfolg beschieden. An der im letzten Januar durchgeführten Abstimmung über das Selbstbestimmungsrecht Algeriens beteiligten sich im Mutterland drei Viertel, in Algerien rund drei Fünftel der Bevölkerung, und dies trotz der Aufforderung seitens des FLN, diese zu boykottieren; dabei ergaben sich für die Vorlage de Gaulles Mehrheiten von drei Viertel, bzw. über zwei Drittel der Stimmen. Diese Zahlen zeigen deutlich genug, daß es sich bei den Extremisten und Vertretern des Terrors beider Lager um ausgesprochene Minderheiten handelt. Allein die Verständigungspolitik des französischen Staatschefs wurde bald durch den am 22. April ausgelösten Putsch der Generäle Salan, Zeller, Challe und Jouhaud gestört. Wenn dieser auch nach wenigen Tagen zusammenbrach, Challe gefangen wurde und Zeller sich den Behörden stellte, so blieben doch zahlreiche Mitwirkende, vorab General Salan, unauffindbar und setzten nun unter dem Titel der «Organisation de l'armée secrète» ihren Widerstand gegen den Gaulle fort, wobei sie zahlreiche Terrorakte verübten, die natürlich auch den Terror der Gegenseite wieder erheblich steigerten. So begann die Konferenz in Evian zwischen Vertretern der französischen Regierung und des «Gouvernement provisoire de la République Algérienne» (GPRA) unter ungünstigen Vorzeichen. Über die Fragen der Zugehörigkeit der Sahara zu Algerien, der Garantien für die französischen Siedler und der Einstellung der Feindseligkeiten kam es zu keiner Einigung, so daß zunächst eine Vertagung der Konferenz nötig wurde. Die über einen Monat später in Lugrin erneut aufgenommenen Verhandlungen wurden kurz darauf endgültig abgebrochen, weil es in der Saharafrage zu keiner Einigung kam. Anfang Oktober forderte de Gaulle das GPRA von neuem zu Verhandlungen auf. Am Jahresbeginn bestehen Anzeichen dafür, daß eine gewisse Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten besteht, so daß es im Laufe der nächsten Zeit zu erneuten Verhandlungen kommen dürfte. Allein auch wenn es dort zu einer Verständigung kommen sollte, bleibt die Frage, ob damit eine wirkliche Befriedung erreicht würde. «Die ich rief, die Geister, werd' ich nicht mehr los.» Wird es dem GPRA möglich sein, die von ihm angeführte Terrorbewegung, die nun schon Jahre dauert, zum Stillstand zu bringen? Und vor allem, wird die unheilvolle unterirdische Tätigkeit der OAS unterdrückt werden können, solange ihre maßgebenden Persönlichkeiten, so insbesondere Salan, nicht gefaßt werden können? Es wird im besten Falle noch größter Anstrengungen bedürfen, um in Algerien Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und gleichzeitig die Zusammenarbeit dieses Landes mit Frankreich zu sichern, die mit Rücksicht auf den Schutz der europäischen Südflanke von kapitaler Bedeutung ist. Daß dazu auch das Benützungsgeschick des wichtigen Marinestützpunktes Mers-el-Kebir bei Oran gehört, liegt auf der Hand. Die Sowjetunion hat sich wenigstens zeitweise in der Algerienfrage stark zurückgehalten; dennoch deuten Anzeichen darauf hin, daß

sie durch Agenten, die in nationalistischer Maske auftreten oder auf dem Umweg über die Vereinigte Arabische Republik den Konflikt im Gange zu halten bemüht ist.

Auch mit *Tunesien*, dessen strategische Bedeutung ebenso groß ist wie diejenige Algeriens, kam es zu Schwierigkeiten. Zwar hatten noch im Februar Besprechungen zwischen General de Gaulle und Bourguiba in Paris durchaus befriedigend geendet; allein schon im Juli forderte letzterer in brüsker Form die Räumung des wichtigen Flottenstützpunktes Bizerta. Welche Einflüsse den sonst als gemäßigt bekannten Bourguiba zu dieser Schwenkung veranlaßten, ist schwer zu sagen. In der Folge blockierten tunesische Truppen und Freiwillige die Zugangswege zwischen den verschiedenen Anlagen des Stützpunktes. Daraufhin eroberten französische Truppen die Stadt Bizerta, worauf es zu einer Feuereinstellung kommt. Im September wird schließlich eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach sich die französischen Truppen auf ihre ursprünglichen Stellungen zurückziehen, wogegen Tunesien den freien Verkehr zwischen den Anlagen des Stützpunktes zusichert. Neuerdings scheint es, daß Tunesien geneigt ist, auf eine sofortige Räumung Bizertas verzichten zu wollen und sich mit einer diesbezüglichen Zusicherung in weniger spannungsgeladener Zeit zu begnügen; ob und wann es zu einer entsprechenden vertraglichen Abmachung kommt, steht allerdings noch dahin.

Im *Kongo* hat das laufende Jahr keine Verbesserung der Lage gebracht; auch hier hat unzweifelhaft die Sowjetunion unheilvoll eingewirkt. Dazu kamen Stammesfehden und Rivalitäten führender Persönlichkeiten und nicht zuletzt die unverständliche Haltung der Vertreter der Vereinigten Nationen und ihrer Truppen. Die von den Anhängern des gestürzten Ministerpräsidenten Lumumba zu Anfang des letzten Jahres unternommenen Gewalttaten, denen gegenüber die Vertreter der Vereinigten Nationen nichts unternahmen, führten Tschombé dazu, die Unabhängigkeit des Katanga zu erklären. Nach der Flucht Lumumbas aus dem Gefängnis und dessen Ermordung übernahm Gizenga dessen Rolle als moskauhöriger Satrap. Es würde zu weit führen, die Intrigen dieses Mannes im einzelnen zu schildern, der erst in Stanleyville eine Art von Gegenregierung bildet, dann Kasavubu als Staatspräsidenten abgesetzt erklärt und schließlich die Vizeministerpräsidentschaft übernimmt, unter der Bedingung, daß man der von Lumumba gezeichneten Linie folge. Unter diesen Umständen mußten die verschiedenen Verständigungsversuche zwischen Tschombé und der Zentralregierung scheitern. Trotz alledem unternahmen die Vertreter der UN nicht das geringste gegen den Vertreter der Sowjetpolitik, sondern konzentrierten ihre Anstrengungen gegen Tschombé. Diese Einstellung ist wohl wesentlich die Schuld des Vertreters des Generalsekretärs, des Inders Dayal, der sich, wie dies die sogenannten Neutralisten in der Regel tun, der Sowjetunion gegenüber gefällig zeigen wollte. So kam es dann zu der durch nichts gerechtfertigten Intervention der UN-Truppen im Katanga. Daß dabei

Gewalttaten aller Art begangen wurden, ist bei der Zusammensetzung dieser Verbände aus Angehörigen von Armeen von fraglichem inneren Wert nicht erstaunlich. Während in Europa, zumal in Großbritannien und Frankreich, sich mehr und mehr Zweifel an der Berechtigung und Zweckmäßigkeit dieser Aktion geltend machten, wurde diese merkwürdigerweise von den Vereinigten Staaten weitgehend unterstützt. Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, ist noch durchaus ungewiß. Sicher dürfte Tschombé einer Verbindung des Katanga mit dem Kongo, unter Vorbehalt weitgehender Autonomie, nicht abgeneigt sein, wenn auch vielleicht Extremisten im eigenen Lager ihn daran zu hindern versuchen mögen; allein solange Gizenga und seine Anhänger und damit der kommunistische Einfluß nicht völlig ausgeschaltet sind, ist an eine Befriedung des Kongo nicht zu denken.

Auch in andern Ländern Westafrikas sucht die Sowjetunion ihren Einfluß zu verstärken. Dazu dient einmal die Einladung zahlreicher schwarzer Studenten zum Studium an der für sie neu gegründeten Lumumba-Universität in Moskau, ferner auch die Besuche, die der russische Staatspräsident Breschnew in Marokko, Ghana und Guinea abgestattet hat. Mögen auch Kwame Nkrumah in *Ghana* und Sékou Touré in *Guinea* keine eigentlichen Kommunisten sein, so haben sie doch der sowjetischen Infiltration Tür und Tor geöffnet. Um so erstaunlicher ist die plötzliche Wendung Sékou Tourés gegen Jahresende, der die Kommunisten der Anzettelung einer Verschwörung beschuldigt und die Abreise des sowjetischen Botschafters erzwingt. Ob diese Wendung von Dauer sein wird, ist freilich noch nicht abzusehen.

Naber Osten

In der *Türkei* hat sich das Regime General Gürsels nach der Liquidierung der Angehörigen der Regierung Menderes zweifellos gefestigt; die Zugehörigkeit dieses Landes zur NATO, für die es angesichts seiner geographischen Lage und der Zahl und Tüchtigkeit seiner Truppen von höchster Bedeutung ist, bleibt unerschüttert.

Ein neuer Konfliktsherd entsteht durch die Forderung des Ministerpräsidenten des *Irak*, General Kassem, nach Einverleibung des eben erst unabhängig gewordenen, durch seinen Ölreichtum wichtigen Scheichtums *Kuwait*. Dessen Unterstützung durch britische Truppen, später durch solche der arabischen Liga, hat vorläufig eine gewaltsame Lösung verunmöglicht. Wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln werden, steht dahin.

Die Loslösung *Syriens* von der Vereinigten Arabischen Republik und deren unerträglichen ägyptischen Herrschaft, die Nasser hinnehmen mußte, hat zweifellos zu dessen Schwächung beigetragen. Diese Niederlage suchte der *ägyptische* Diktator durch schärfste Maßnahmen im Innern, wie die Enteignung

«reaktionärer ausländischer Kapitalisten», die Verhaftung von Angehörigen einer französischen Mission von diplomatischem Rang, sowie durch vermehrte Anlehnung an die Sowjetunion auszugleichen. Diese lieferte Nasser, außer der Finanzierung des Assuanstaudammes, Schiffe und anderes Kriegsmaterial sowie zahlreiche Techniker. Diese Entwicklung ist besonders im Hinblick auf die Bedeutung des Suezkanals äußerst bedenklich.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Nahen Osten mit den sich überkreuzenden Interessen und Gegensätzen dürfte es der Sowjetunion erschweren, dort eine erfolgreiche Infiltration durchzuführen, wenn man von dem schon erwähnten Einfluß in Ägypten absieht.

Ferner Osten

Neben der dauernden grausamen Unterdrückung der tibetanischen Bevölkerung hat sich das kommunistische *China* immer neue Übergriffe gegen das indische Grenzgebiet erlaubt. Die Reaktion von indischer Seite war anfangs eher schwach; erst in neuester Zeit wurde erklärt, man werde gegebenenfalls mit den Waffen antworten. Für den Neutralisten Nehru, der unter anderem behauptet hatte, der freie Zugang nach Berlin sei eine Konzession der Sowjetunion, ist diese schwache Haltung gegen den kommunistischen Nachbarn typisch, die sich ja übrigens auch in seiner Passivität gegenüber den chinesischen Brutalitäten in Tibet ausdrückte. Allein dieser Vertreter der Gewaltlosigkeit, der nicht müde wurde, den Westen zu Konzessionen aufzurufen, verschmähte es nicht, durch einen Gewaltstreich sich der portugiesischen Besitzungen in Goa zu bemächtigen, und neuerdings nimmt er auch gegenüber Pakistan eine drohende Haltung ein. In einer Auseinandersetzung zwischen Westen und Osten ist daher *Indien* ein höchst unsicherer Faktor.

Auch der Konflikt in *Laos* ist im abgelaufenen Jahr zu keiner Lösung gekommen. Weder die Genfer Konferenz noch die verschiedenen Prinzentreffen führten zu einer Einigung. Dabei steht fest, daß die kommunistische Pathet Lao dauernd von der Sowjetunion unterstützt wird. Ob je eine Regierung der drei Prinzen unter Vorsitz von Souvanna Phouma zustande kommt, ist äußerst fraglich; der neuerliche Bruch des Waffenstillstandsabkommens durch die Rebellen spricht nicht dafür. Außerdem würde eine solche Regierung genau dem sowjetischen Troika-System entsprechen, und es bestände die große Gefahr, daß der prowestliche Boun Oum durch den Kommunisten und den Neutralisten majorisiert und schließlich ausgeschaltet würde, womit dieses Land, statt neutral zu sein, eindeutig dem Ostblock zufallen würde. Die amerikanische Zustimmung zu einer solchen Lösung scheint daher eher erstaunlich.

Auch in *Südvietnam* ist die Lage, trotz amerikanischer Unterstützung, nach wie vor sehr gespannt, da die kommunistische Rebellentätigkeit noch durchaus

nicht unterdrückt werden konnte und bei der Nähe des kommunistischen China und wegen der dschungelreichen Gestaltung des Landes kaum wird endgültig ausgeschaltet werden können.

Schließlich bedeutet die Drohung *Indonesiens*, das von ihm geforderte und durch öffentliche Erklärung bereits einverlebte niederländische Neu-Guinea mit Gewalt zu besetzen, eine weitere schwere Gefahr. Indonesien besitzt eindeutig die Unterstützung der Sowjetunion, die es mit Waffen beliefert. Ein Blick auf die Karte zeigt, welche Bedrohung die Ausdehnung des indonesischen und damit indirekt des sowjetischen Machtbereiches für Australien bedeutet.

Südamerika

Die Entwicklung in *Kuba* hat sich in höchst ungünstigem Sinne gestaltet. Die mißglückte Invasion durch kubanische Emigranten hat das Prestige Fidel Castros gewaltig gesteigert und demjenigen Kennedys geschadet. Sie war eine typische halbe Maßnahme, die entweder von den USA hätte verhindert oder aber offen mit starken Mitteln unterstützt werden müssen. Seither hat sich Fidel Castro eindeutig als Angehöriger des kommunistischen Blocks bekannt und erhält von der Sowjetunion Waffen und Hilfe aller Art. Damit hat sich diese einen wichtigen Stützpunkt für die kommunistische Infiltration Südamerikas geschaffen. Eine solche wird erleichtert durch die zum Teil höchst unbefriedigenden sozialen Verhältnisse in verschiedenen jener Länder, wie durch die politische Unrast, die dort von jeher geherrscht hat. Auch im abgelaufenen Jahr sind Ereignisse solcher Art daselbst eingetreten: der Umsturz in El Salvador, die Unruhen und der Regierungswechsel in Ecuador und die inneren Schwierigkeiten nach der Ermordung des dominikanischen Diktators Trujillo.

Internationale Organisationen und Konferenzen

Die *Vereinigten Nationen* haben, wie zu erwarten war, politisch keinerlei maßgebenden Einfluß ausüben können, wenn man von der unglücklichen Aktion im Kongo absieht. Die Sowjetunion geht planmäßig auf die Zerstörung dieser Organisation aus, teils durch ihre Vetos, teils durch die maßlosen Angriffe gegen das Generalsekretariat und ihren Vorschlag, dieses durch ein Troika-System zu ersetzen. Angesichts der großen Zahl neu aufgenommenen Nationen, von denen eine große Anzahl den Neutralisten angehört, ist es ohnehin fast nicht möglich, daß diese Organisation irgend etwas Wirksames für die Auf-

rechterhaltung des Friedens und gegen die dauernden Gewalttaten und Rechtsbrüche unternimmt.

Auch auf dem Gebiete der *Abrüstung* und der Einstellung der *Kernwaffenversuche* sind nicht die mindesten Fortschritte zu verzeichnen; im Gegenteil hat die überraschende Wiederaufnahme dieser Versuche durch die Sowjetunion nun auch die Vereinigten Staaten veranlaßt, solche wieder zu beginnen. Auch hier liegt die Schuld eindeutig bei den Sowjets, die nach wie vor wirksame Kontrollmaßnahmen ablehnen und durch die Forderung der Verbindung des Verbots der Kernwaffenversuche mit der allgemeinen Abrüstung eine neue Verzögerung der Lösung dieses Problems herbeiführten.

Das Kräfteverhältnis zwischen Osten und Westen

Bei der Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen dem auf die Unterwerfung der ganzen Menschheit bedachten kommunistischen Block und den freien Völkern des Westens kann es sich nicht bloß darum handeln, die beiderseitigen Streitkräfte zu vergleichen; weltstrategisch gesehen, spielen politische, wirtschaftliche und moralische Faktoren eine ebenso große Rolle.

Gegenüber dem Westen ist die Sowjetunion politisch in drei Richtungen im Vorteil: sie gebietet souverän über die mit ihr durch den Warschauerpakt verbundenen Satelliten, deren Regierungen ihren Weisungen sklavisch folgen, sie verfügt über zahlreiche Gefolgsleute in den Ländern des Westens und sie braucht in ihrer Politik auf die öffentliche Meinung und oppositionelle Strömungen keinerlei Rücksicht zu nehmen. Im Westen handelt es sich hingegen um eine Vielheit souveräner Staaten, bei denen es trotz ihrer gegenseitigen Bündnisverpflichtungen (NATO, CENTO, SEATO) und trotz des gemeinsamen Willens zur Verteidigung der Freiheit und der Kultur des Abendlandes eben doch immer wieder Meinungsverschiedenheiten aller Art gibt. Er verfügt auch kaum über Mittel, die Völker des kommunistischen Blocks im westlichen Sinne zu beeinflussen. Schließlich zwingt die öffentliche Diskussion über die großen politischen Probleme die Staatsmänner des Westens, oft wohl nur aus wahlpolitischen Erwägungen, auf die öffentliche Meinung und auf oppositionelle Strömungen, selbst wenn sie nur von einer kleinen, aber marktschreierischen Minderheit getragen sind, Rücksicht zu nehmen.

Immerhin ist es im abgelaufenen Jahr zu einer schweren inneren Krise im kommunistischen Block gekommen. Infolge der vom XXII. sowjetischen Parteikongreß beschlossenen Entstalinisierung hat der schon längere Zeit schwelende Konflikt zwischen der Sowjetunion und Rotchina scharfe Formen angenommen, was sich besonders deutlich in der Einstellung der beiden Mächte zu Albanien zeigt. Aber auch auf die kommunistischen Gefolgsleute im Westen

hat die Entstalinisierung zersetzend gewirkt, wie namentlich die Vorgänge in der italienischen kommunistischen Partei beweisen. Sie hat, vielleicht auch zusammen mit den sowjetischen Superbombenversuchen, zweifellos dazu beigetragen, daß verschiedenenorts im Westen ein Rückgang der kommunistischen Parteien eingetreten ist.

Wirtschaftlich besitzt der Westen ein Potential, das dem des kommunistischen Blocks weit überlegen ist. Dies wird zweifellos auch so bleiben, da eine kommunistische Kommandowirtschaft nie dieselben Leistungen erbringen kann wie die freie Marktwirtschaft, bei der der Staat nur eingreift, wo dies durchaus unvermeidlich ist. Im Osten hingegen, insbesondere in der Sowjetunion, in China und in der deutschen Sowjetzone, kam es zu ernststen Versorgungsschwierigkeiten, die ganz bestimmt nicht allein auf ungünstige Witterungsverhältnisse, sondern auch wesentlich auf die dem System inhärenten Schwächen zurückzuführen sind. Die wirtschaftliche Überlegenheit des Westens ist für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung von entscheidender Bedeutung; die völlige oder auch nur mehrheitliche Ausschaltung seines Wirtschaftspotentials durch Bombardierung ist bei den gegenwärtigen Vorräten an Kernwaffen durchaus nicht möglich.

In *moralischer* Hinsicht bedeutet der durch die Prosperität der Wirtschaft und den durch die Technik unerhört gesteigerten Komfort erzeugte Hang weiter Bevölkerungskreise zu Wohlleben und materiellem Genuß zweifellos eine Gefahr; er verursacht leicht einen Mangel an Opferbereitschaft für die Verteidigung der geistigen Werte. Es bedarf großer Anstrengungen, um die Bevölkerung des Westens über die bestehenden Gefahren und über die Notwendigkeit vollen Einsatzes für die Gemeinschaft zu unterrichten und so die höchst gefährliche Tendenz zu bekämpfen, die sich ein ungestörtes Wohlleben um jeden Preis, selbst um den der Freiheit, sichern möchte.

Im kommunistischen Bereich ist aber zweifellos nur eine kleine Minderheit innerlich mit dem Regime und seinen Doktrinen einverstanden. Die Fluchtbewegung aus Ostdeutschland, die trotz der Sperrmaßnahmen und der dabei bestehenden großen Lebensgefahr weiter andauert, ist dafür ein eindeutiger Beweis, wobei es charakteristisch ist, daß sich daran eine große Anzahl junger Leute beteiligt, die seit frühester Jugend kommunistisch indoktriniert worden sind. Es besteht kein Zweifel, daß sich ähnliche Erscheinungen auch im übrigen Satellitenbereich und wohl auch in Rußland selbst zeigen würden, wenn die Verhältnisse dies erleichtern würden. Außer der kleinen Schicht kommunistischer Funktionäre gibt es in den Ostblockstaaten wohl sehr wenig überzeugte Kommunisten. Soweit es sich nicht um bloße Opportunisten handelt, die den Machthabern schmeicheln, um zu Einfluß und bequemem Leben zu kommen, trägt die Bevölkerung das ihr aufgelegte Joch, so gut es geht, weil ihr einstweilen keine andere Möglichkeit offen steht. Daß dies auch in Rotchina der Fall ist, hat der Verfasser erst neulich von einem sorgfältigen Beob-

achter erfahren, der ein Jahr in jenem Lande verbracht hat. So sind denn die Voraussetzungen des Ostblocks für eine kriegerische Auseinandersetzung auch auf diesem Gebiet keineswegs günstig.

Das Verhältnis der beiderseitigen *Streitkräfte* ist nicht leicht abzuschätzen, sowohl wegen der Geheimhaltung wichtiger Daten auf beiden Seiten, als auch infolge des sich ständig steigenden Rüstungsstandes. Wenn man den Angaben des britischen «Institute for strategic studies» glauben darf, hat der Westen zu Beginn dieses Jahres 8,2 Millionen Mann unter den Waffen, wovon auf die NATO 6 Millionen entfallen. Demgegenüber würde der kommunistische Block nur über 8 Millionen Mann verfügen, von denen 4,8 Millionen den Staaten des Warschauerpaktes angehören. An interkontinentalen Raketen wäre der Westen leicht überlegen, an Mittelstreckenraketen fast gleich stark. Von entscheidender Bedeutung ist die Überlegenheit des Westens zur See. Allerdings besitzt die Sowjetunion eine starke Überlegenheit an Unterseebooten, doch dürfte deren große Mehrzahl den amerikanischen technisch weit unterlegen sein. Auch stellt sich die Frage, wie weit diese, soweit in der Ostsee und im Schwarzen Meer stationiert, im Kriegsfall in die freien Meere gebracht werden könnten. Auch auf dem Gebiet der Luftstreitkräfte sind diejenigen des Westens denen des Ostblocks zahlenmäßig zum mindesten gewachsen. Nachteilig für den Westen ist freilich die weite Aufteilung seiner Kräfte, die durch die militärischen Verpflichtungen der USA und Großbritanniens im Fernen und Nahen Osten und diejenigen Frankreichs in Algerien bedingt ist. Immerhin darf festgestellt werden, daß die Verteidigungskräfte in Mitteleuropa seit der Mitte des abgelaufenen Jahres ganz wesentlich verstärkt worden sind.

Auf alle Fälle ist die strategische Lage des kommunistischen Blocks weit ungünstiger als die des Westens. Dessen Hauptgegner, die Vereinigten Staaten, ist praktisch nur durch Fernraketen oder allenfalls von Unterseebooten abgeschossene Lenkwaffen erreichbar. Das wohlausgebaute amerikanische Radarsystem ermöglicht eine frühzeitige Entdeckung der Lenkwaffen; die sich anbahnende Möglichkeit ihres Abschusses durch Abwehrraketen dürfte in absehbarer Zeit wesentliche Fortschritte machen. Sowjetrußland hingegen kann von zahlreichen Stützpunkten aus mit Mittelstreckenraketen angegriffen werden; dieses Stützpunktsystem erstreckt sich von Grönland über England, Mitteleuropa und Italien bis in die Türkei. Von großer Bedeutung sind hierfür auch die 6. amerikanische Flotte im Mittelmeer mit ihren zahlreichen Flugzeugträgern und ganz besonders die atomgetriebenen Unterseeboote mit Polarisraketen, deren Standort vom Gegner sehr schwer festzustellen ist und die daher beliebige Ziele im sowjetischen Bereich mit großer Sicherheit zu zerstören vermögen. Die Notwendigkeit, sich gegen Angriffe aus nördlicher, westlicher und südlicher Richtung bereitzuhalten und gleichzeitig Streitkräfte zur Niederhaltung der Satellitenländer abzuwehren, schränkt die Möglichkeit weit überlegener Massenangriffe auf Mitteleuropa beträchtlich ein. Schließlich ist das

weitgedehnte, außerordentlich dünne und daher gegen Bombardierung sehr empfindliche sowjetische Eisenbahnnetz ein weiteres Hemmnis für Masseneroperationen großen Stiles.

Es ist bestimmt die Erkenntnis dieser Sachlage, die Chruschtschew veranlaßt, trotz aller großsprecherischen Reden einen großen Krieg zu vermeiden und zu versuchen, seine Ziele auf anderen Wegen zu erreichen.

Schlußfolgerungen

Trotz großen Schwierigkeiten, Gefahren und Schwächen verschiedenster Art ist also die militärpolitische Lage des Westens keineswegs ungünstig. Die militärischen Kräfte der Neutralisten, die im politischen Bereich so leicht zu Helfern Moskaus werden, können rein strategisch kaum ins Gewicht fallen.

Praktisch dreht es sich allein um die Frage, ob der Westen weiterhin in einer rein defensiven Haltung verharren und alle Provokationen, Rechts- und Vertragsbrüche von kommunistischer Seite mit bloß papierenen Protesten beantworten wird, oder ob er gewillt ist, seinerseits scharfe Forderungen an den kommunistischen Block zu stellen und gegebenenfalls militärische Machtmittel einzusetzen, wobei es sich zunächst um lokale Aktionen handeln kann, die durchaus nicht zu einem globalen Krieg zu führen brauchen. Es ist eine alte Kriegserfahrung, daß eine rein passive Verteidigung mit der Zeit unfehlbar zur Niederlage führt. Dies gilt aber nicht nur für den Bereich der Strategie im engeren Sinne, sondern ebenso sehr für die Weltpolitik.

Der britische Außenminister, Lord Home, hat im letzten Oktober am Jahreskongreß der konservativen Partei erklärt, seine Regierung sei entschlossen, die Freiheit Berlins auch um den Preis eines Krieges zu verteidigen. Wenn diese Haltung in der Politik der westlichen Staatsmänner immer klarer und deutlicher zum Ausdruck kommt, dann darf die freie Welt der Zukunft ohne Sorge entgegenblicken, ja sie darf sogar mit großer Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß der Erfolg eintritt, ohne daß es zum globalen Kriege kommt.